Stellungnahme der Verwaltung des Amtes Probstei zum Abschlussbericht über die überörtliche Prüfung des Amtes Probstei für die Jahre 2012 – 2016

hier: Prüfbericht der Gemeinde Prasdorf

A) Vorbemerkungen:

Prüfungsauftrag, Art und der Umfang der Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Plön ergeben sich aus dem vorliegenden Prüfungsbericht. Ergänzende Erläuterungen durch die Leiterin des Gemeindeprüfungsamtes sowie der Prüfgruppenleitung erfolgten in dem Abschlussgespräch am 27.09.2017, zu dem alle Mitglieder des Hauptausschusses sowie die Mitglieder des Amtsausschusses nachrichtlich eingeladen waren. Dabei ist neben inhaltlichen Hinweisen darauf hingewiesen worden, dass zu gewissen Prüfungsfeststellungen eine Stellungnahme erwartet wird, zu vielen jedoch, zum Teil sogar ausdrücklich, nicht. Die Hinweise, zu denen eine Stellungnahme erwartet wird, sind in einer gesonderten Aufstellung am Ende des Prüfberichtes aufgelistet.

Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der Reihenfolge der Liste der Prüfungsfeststellungen, zu denen eine Stellungnahme erwartet wird.

Es ist notwendig, dass sich die Gremien der Selbstverwaltung mit den Inhalten der Prüfung sowie den verwaltungsseitigen Stellungnahmen auseinandersetzen und einen Beschluss fassen. Seitens der Verwaltung wird empfohlen, sich per Beschluss der verwaltungsseitigen Stellungnahme anzuschließen.

Auch wenn es sicher der besseren Lesbarkeit dienen würde, wird darauf verzichtet, den Prüfungstext, auf den sich nachfolgende Bemerkungen beziehen, erneut wiederzugeben.

B) Prüfungsfeststellungen, zu denen eine Stellungnahme erwartet wird

III.2 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgelder

Auch wenn die Thematik Reisekostenerstattung in der Praxis nahezu irrelevant ist, ist der Hinweis des GPA durchaus zu Recht erfolgt. Durch in der Vergangenheit erfolgte Änderungen des Reiskostenrechtes ergibt sich in der Tat ein Anpassungsbedarf in den gemeindlichen Ent-

schädigungssatzungen. Da dieser Umstand amtsweit festzustellen ist, ist beabsichtigt, die Entschädigungssatzungen sukzessive und bei Gelegenheit zu überarbeiten.

V.1.2 Hundesteuern

In der Tat sehen die Hundesteuersatzungen aller Gemeinden des Amtes Probstei die verspätete Abmeldung eines Hundes als Ordnungswidrigkeit vor. Dem rechtlichen Hinweis des GPA, den Regelungsgehalt des KAG nicht erweitern zu dürfen, ist zu folgen. In der Praxis gibt es allerdings derartige Fälle nicht, so dass die Regelung im Zuge künftig anstehender Änderungsbedarfe aus den gemeindlichen Hundesteuersatzungen entfernt werden soll.

V.2.1 Abwasserbeseitigung

Unter Hinweis auf § 6 Abs. 2 KAG macht die Gemeinde Prasdorf seit dem Jahr 2006 zur Minderung von Benutzungsgebühren von der Möglichkeit der Auflösung von Anschlussbeiträgen gebrauch. Der seinerzeit errechnete durchschnittliche Auflösungssatz beträgt 1,6547 % und findet seitdem Anwendung. Eine diesbezügliche Beanstandung hat es in der Vergangenheit nicht gegeben.

Eine jetzige Überprüfung hat ergeben, dass die seinerzeitige Berechnung korrekt vorgenommen ist. Eine Berücksichtigung nach Gewichtung der Abschreibungssätze ist erfolgt.

Der Hinweis des GPA ist nicht korrekt erfolgt.

V.2.3 Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr

Auch dieser Hinweis, dem aus Rechtsgründen gefolgt werden muss, erfolgt nahezu wortgleich für alle Gemeinden des Amtes Probstei. Eine Kalkulation der einzelnen Gebührensätze entsprechend den Vorgaben des KAG konnte den vorgelegten Akten nicht entnommen werden, sie wurde aussagegemäß auch nicht vorgenommen. Die Gebührensätze sind im Wesentlichen seit mindestens dem Jahr 1998 folglich unverändert geblieben. Das GPA hält es daher für erforderlich, die tatsächlichen Gebührenbedarfe anhand einer aktuellen Gebührenkalkulation zu überprüfen.

Den Ausführungen des Gemeindeprüfungsamtes ist (leider) im vollen Umfang beizupflichten. Allerdings ist anzumerken, dass die Kalkulation von brandschutzrechtlichen Gebühren einen derart hohen Aufwand verursacht, dass die dafür aufzuwendenden Kosten in keinerlei Verhältnis mit dem zu erwartenden Ertrag stehen.

Für die Erstellung einer derartigen Kalkulation muss externer Sachverstand in Anspruch genommen werden. Zudem entsteht auf Seiten der Feuerwehr ein erheblicher Aufwand bei der Vorbereitung der Kalkulation für und in Zusammenarbeit mit dem externen Dienstleister. Die Kosten für eine solche Kalkulation belaufen sich zwischen 5.000,00 EUR und 7.500,00 EUR netto zuzüglich Nebenkosten und Umsatzsteuer; demgegenüber stehen 0,00 EUR im Jahr 2016 und 280,00 € im Jahr 2017 an Gebührenaufkommen.

Aus dieser ohnehin vorhandenen Erkenntnis heraus, hatte das Amt Probstei bereits im Frühjahr 2014 im Zuge des Änderungsverfahrens zum Brandschutzgesetz dem Landesfeuerwehrverband gegenüber einen Formulierungsvorschlag für den maßgeblichen § 29 BrSchG unterbreitet, um dieses krasse Missverhältnis zu vermeiden. Eine Reaktion erfolgte hierauf jedoch nicht. Ggfs. könnte der Kreis Plön mit seinen Mitteln versuchen, diesen Vorschlag in gesetzgeberische Änderungen umzusetzen.

V.2.4 Straßenreinigungssatzungen

Der für alle Gemeinden gleichlautende Hinweis ist berechtigt, soweit er sich auf das Alter einzelner Straßenreinigungssatzungen der Gemeinden des Amtes Probstei bezieht. Das Gemeindeprüfungsamt wendet kritisch ein, dass diese Satzungen teilweise noch Regelungen enthalten würden, die aufgrund der sich fortentwickelnden Rechtsprechung heute nicht mehr verwendet werden sollten. An welcher Stelle und in welcher Satzung konkret, also für welche Gemeinde, ein solcher Bedarf für eine Überarbeitung gesehen wird, bleibt dagegen eher nebulös.

Die pauschal vorgetragene Punkte zum Straßenverzeichnis und zur „Reinigungspflicht bis zur Straßenmitte“ werden ebenfalls nicht dezidiert ausgeführt. Sofern innerhalb einer Gemeinde keine neuen Straßen hergestellt wurden, darf es nicht verwundern, dass das Straßenverzeichnis auch nicht geändert wurde. Gleiches gilt für die aufgeworfene Problematik in Stichstraßen, wobei hier zusätzlich anzumerken ist, dass sich das Gemeindeprüfungsamt auf die Rechtsprechung zum Landesrecht in Nordrhein-Westfalen bezieht. Sofern eine grundlegende Überarbeitung der bestehenden Straßenreinigungssatzungen aus praktischen Gründen erforderlich werden sollte, würde dies nur mit einem erheblichen zeitlichen Vorlauf möglich sein. Im Zuge einer Überarbeitung, die derzeit nicht als zwingend angesehen wird, könnte und sollte dann angestrebt aber auch angestrebt werden, die Satzungen soweit wie möglich zu vereinheitlichen.

V.2.4. Straßenreinigungsgebührensatzungen

Eine Pflicht zur Erhebung von Straßenreinigungsgebühren besteht aus straßenrechtlichen Gründen nicht. In der Gemeinde Prasdorf sind im Jahr 2017 keine gesonderten Kosten der Straßenreinigung entstanden. Bestenfalls wäre buchhalterisch ein geringer Anteil an bestehenden Personalaufwendungen festzustellen. Im Haushaltsjahr 2017 sind Kosten in Höhe von 903,90 € für den Winterdienst entstanden, so dass im Ergebnis angesichts des entstehenden nicht unerheblichen Verwaltungs- und Kostenaufwandes für die Ermittlung von Kalkulationsgrundlagen davon abgeraten wird, die Einführung einer Straßenreinigungsgebührensatzung in Erwägung zu ziehen

C) ergänzende Anmerkungen

IV.8 Schulden

Zum Hinweis: „Gemäß § 76 Abs. 3 GO sind Kreditaufnahmen nur für den Fall statthaft, dass eine andere Finanzierung nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig erscheint. Sofern, wie im Jahr 2013, im Rahmen der Jahresrechnung eine ungeplante Zuführung an die allgemeine Rücklage und in demselben Haushaltsjahr gleichzeitig eine Kreditaufnahme erfolgte, kann dies unter Umständen noch damit begründet werden, dass das Rechnungsergebnis zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme noch nicht feststand und ein etwaiger Überschuss am Jahresende noch nicht absehbar war. Allerdings wies die allgemeine Rücklage zu Beginn des Haushaltsjahres einen Bestand von nahezu 10.000,00 € auf, deren Entnahme weder geplant noch vollzogen wurde. Statt Mittel aus der allgemeinen Rücklage zu entnehmen, wurde dieser am Jahresende noch ein Betrag in Höhe von rund 26.000,00 € zugeführt. Unter Berücksichtigung des Gesamtdeckungsprinzips handelt es sich hierbei um eine kreditfinanzierte Rücklagenzuführung. Die Kreditaufnahme hätte entsprechend geringer ausfallen können, sofern statt der Zuführung Mittel aus der allgemeinen Rücklage entnommen worden wären.“

Aufgrund höherer Investitionstätigkeiten wurden mit dem Nachtragshaushaltplan 2012 eine Kreditaufnahme von 119.300 € veranschlagt. Gleichzeitig war eine Rücklagenentnahme von 42.800 € vorgesehen, Nach dem Nachtragshaushaltsplan sollte die allgemeine Rücklage per 31.12.2012 noch einen Stand von gerade einmal 4.244,81 € ausweisen.

Die Jahresrechnung 2012 schloss dann mit einer Gesamtverbesserung von insgesamt 9.850,43 € ab. Dieser Betrag wurde genutzt um die geplante Kreditaufnahme von 119.300 € auf 115.000 € zu reduzieren. Über diesen Betrag wurde ein Haushaltseinnahmerest gebildet. Der allgemeinen Rücklage wurde ein Betrag von 37.249,57 € entnommen.

Die allgemeine Rücklage wies per 31.12.2012 einen Stand von 9.795,24 € aus, der als erforderlich angesehen wird, um Haushaltsschwankungen, insbesondere den nicht kalkulierbaren Kosten für Kindergärten- und Schulen begegnen zu können.

Mit dem Haushaltsplan 2013 war keine neuerliche Kreditaufnahme geplant. Der allgemeinen Rücklage war planerisch eine Zuführung von 8.300 € zgedacht.

Im August 2013 erfolgte dann die tatsächliche Kreditaufnahme (die Liquidität der Amtskasse machte dieses zu diesem Zeitpunkt erforderlich), wobei im Hinblick auf den tatsächlichen Rücklagestand per 31.12.2012 und der geplanten Zuführung in 2013 von 8.300 € nur eine Darlehensaufnahme von 100.000 € erfolgte. Der Restbetrag von 15.000 € wurde in Abgang gestellt.

Eine kreditfinanzierte Rücklagenzuführung hat nicht stattgefunden.

Aufgrund des positiven Haushaltsverlaufes schloss die Jahresrechnung 2013 dann mit einer Gesamtverbesserung 32.797,75 € ab (Feststellung des Jahresergebnisses am 27.02.2014), worauf hin dann der allgemeinen Rücklage anstatt der geplanten 8.300 € ein Betrag von 26.097,75 € zugeführt werden konnte. Die Kreditreduzierung um 15.000 € ist hierbei bereits berücksichtigt. Der Gesamtumfang des Haushaltes 2013 belief sich übrigens auf exakt 575.848,15 €. Eine Haushaltsverbesserung von gerade einmal 32.797,75 € spricht wohl eher von einer sorgsamen Haushaltsführung.

Die hierzu erfolgten Hinweise des GPA sind daher sachlich falsch.

Schönberg, den 27.02.2018

Sönke Körber; Amtsdirektor